

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 MR.

Erhält jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro leidspaltene Lohnparallezeile 3 MR., für Zählstellen 1 MR.

Rück- und Ausblick.

Ein sorgenvolles Jahr, reich an wirtschaftlichen Kämpfen in der Arbeiterschaft, schwankend im Wirtschaftsleben, liegt hinter uns. Noch fehlt der feste Untergrund, auf dem aufbauend gewirkt werden kann. Die jahrelangen Kriegshandlungen haben zu tief im Wirtschaftskörper verheerende Wirkungen ausgeübt, so daß noch eine längere Zeit erforderlich sein wird, um dem dringend notwendigen Gesundungsprozeß Wege zu bahnen. Alle Zeichen weisen darauf hin; dem einzelnen Lande wird es niemals möglich sein, diese Krankheit zu heben. Während in den militärisch besiegten europäischen Staaten durch die andauernde Geldentwertung die Einführung von überseischen Rohprodukten und Lebensmittelzähler zur Unmöglichkeit wird, anderseits durch das deutsche Dumping im Auslande eine noch nie dagegenwesene Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, schleicht das Elend durch alle Länder und drängt alle Völker dem Abgrunde zu.

Gegen Jahresende fiel ein kleiner Hoffnungsschimmer auf die gequälte Menschheit. Selbst die Mächtigen, die mit dem Geschick der Völker nach Gülden und Laune spielen, müssen einsehen, daß die den einzelnen Völkern aufgebürdeten unerhörten Belastungen nicht das Altheilmittel zur Gesundung des kranken internationalen Volkskörpers sein können. Die militärischen Siegerstaaten wollen diese Frage einer Prüfung unterziehen, zu der selbst das in den kapitalistisch regierten Staaten aufrückige Sowjetrussland hinzugezogen werden soll.

Die Krisenscheinung ist international und kann nur durch das Zusammenwirken aller Länder entwirkt werden. Es wird niemals möglich sein, von einzelnen Ländern die großen Riesenlasten zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstungen zu fordern.

Von den allgemeinen Lasten gegen die Ententestaaten niedergedrückt, mußte das Wirtschaftsleben im Innlande stark darunter leiden. Hinzu kamen noch die weitere Ausdehnung der Besetzung im Rheinlande, die obersächsische Krise und die zum Jahresende rapide Entwertung des Marktes. Alle diese Vorgänge drückten immer mehr belastender auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Mit dem Sinken des deutschen Geldwertes erklommerten die Preise für alle notwendigen Lebens- und Bedarfsgüter eine schwindende Höhe.

Die allgemeine Arbeitslage konnte eine Besserung aufweisen. Sie steigerte sich in manchen Berufen sogar zur Hochkonjunktur, wie sie selbst vor den Kriegsjahren selten zu verzeichnen war. In den Schokoladen- und Kakaoindustrie hielt der gute Geschäftsgang das ganze Jahr hindurch an, weil die Nachfrage nach diesen Produkten viel stärker ist als früher. Eine kleine Abschwächung trat erst gegen Weihnachten ein. Sie wird nach früheren Beobachtungen jedoch nur von kurzer Dauer sein. Auf diese Industrie machte sich die Entwicklung deutsches Geldes günstig dadurch bemerkbar, daß die Einführung ausländischer Fertigfabrikate fast vollständig abhängig wurde. In entgegengesetzter Richtung verlegen sich die großen Firmen mehr auf die Erwerbung von Absatzgebieten im Auslande, wo sie jede Konkurrenz durch die außerordentlich niederen Preise aus dem Felde schlagen. Ganz noch recht ungünstig ist der Beschäftigunggrad in der Bäckerei. Durch die Neuregelung der Getreideabfertigung ist eine Produktionsunfähigkeit nicht in dem Umfang eingetreten, der zu bedeutenden Mehreinstellungen von Arbeitskräften geführt hätte. Die Konjunktur in den Bäckereien hängt auf das engste mit den allgemeinen Schwankungen im Wirtschaftsleben zusammen. Kurz nach der Inkrafttreitng der neuen Getreideverordnung war eine beträchtliche Zunahme der Herstellung von marktfreier Ware eingetreten. Sie ging jedoch ganz bedeutend zurück mit dem Einsetzen der Krise im Oktober. Bei der ungeheuren Höhe der Getreidepreise, die bei Weizen das Achtyndreißighälfte und bei

Hallen das Sechstydreißighälfte des Friedenspreises betragen (in den letzten Wochen ist infolge der Erhöhung jeder Kaufkraft ein kaum nennenswerter Preisrückgang eingetreten), ist es der arbeitenden Bevölkerung unmöglich, die vollwertige marktfreie Ware zu kaufen.

Die wirtschaftliche Lage für die Arbeiterschaft hat sich das Jahr hindurch weiter verschärft. Das Unternehmertum tritt allgemein für Weltmarktpreise ein. Sobald aber von der Arbeiterschaft die Forderung erhoben wird, für seine Ware — die Arbeiterschaft — den Weltmarktpreis zu bezahlen, erfolgt der häßliche Wutausbruch in der Unternehmerpreise. Auch dieses Jahr hindurch konnte sich das Unternehmertum nicht beruhigen mit den „hohen Löhnen“, und oftmals wurde die falsche Ansicht vertreten,

fung eines Sozialgerichtsgesetzes bei gewerblichen Streitigkeiten. Entschieden mehren sie sich gegen die Einbeziehung der Lehrlinge in das Gesetz. Sie sollen wie bisher den Innungsgerichten unterstellt werden. Daß der arbeiterfeindlichen Politik der christlichen und katholischen Arbeitgeberverbände konnten sie alle Anträge auf Einbeziehung der Lehrlinge in das Gesetz widerstehen.

Eine brennende Frage ist die Regelung eines allgemeinen Arbeitsschutzgesetzes. Hoffnungen auf brauchbare gesetzliche Bestimmungen dürfen wir uns nach den Vorgängen im Reichswirtschaftsrat und den weitestgehenden Konzessionen an die privaten Stellenvermittlungen nicht machen. So hatten eine Reihe wichtiger Gesetze und Reformen auf dem Gebiete des Arbeitnehmers und der Arbeiterversicherung ihrer Erledigung. Das überaus zaghafte Vorgehen und Verhalten der Regierung gewinnt den Ansehen, es soll aus dem leiseren Schneidentempo nicht herausgetreten werden. Das Unternehmertum lebt allen geplanten Verbesserungen den härtesten Widerstand entgegen. Jede Neuerung ist ihm von Greuel. In diesem Kampfe gegen die sozialpolitische Gesetzgebung gehärdet läßt das Handwerk, um am rabiatrien.

Das vergangene Jahr lehrte uns bei den ständigen Lohnkämpfen, daß das Unternehmertum fast vollständig organisiert ist. In den kleinsten Orten sind Syndizis angestellt und diese sind ausschließlich mit den Aufgaben der Leitungen von Lohnberhandlungen beauftragt. Wenn auch wir keine größeren Kämpfe, die zur Arbeitseinstellung führen, ausfechten würden, so werden aber doch alle Zeichen darauf hin, daß große Zustimmung vielleicht in allernächster Zeit schon erfolgen können. Die Arbeiterschaft zieht leider aus diesen Erfahrungen nicht ihre Konsequenzen. Sie ist immer noch zu vertrauensselig und denkt erst dann, wenn sie in Not gerät. Und die Not wird kommen, wenn das Unternehmertum zum Schlag gegen die organisierte Arbeiterschaft ausholt.

Unter Verband kam in den letzten Monaten auf eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zurück. Mit mehr als 80 000 Mitgliedern treten wir in das neue Jahr ein. Zweifellos eine Macht in den Berufen der mehl- und zuckerverarbeitenden Industrie, der es sicher auch mit zu verdanken ist, daß wir das Verbandschiff erfolgreich durch die brandenden Wogen steuern können. Die bedeutende Mitgliedszunahme von 16 000 Mitgliedern zeigt das wachsende Vertrauen zur freien gewerkschaftlichen Organisation. Darin liegt die Kraft in unserer gerechten Sache selbst, das große Rätsel, worüber sich unsere Gegner den Kopf zerbrechen und äußerlich sind, weil ihre Bestrebungen keine Anziehung auf die Kollegenschaft ausüben. Umsaumt von Feinden, werden wir alle auf uns hereinbrechende Stürme siegreich abwehren.

Wir wollen im neuen Jahre mit frischer Kraft an der Verwirklichung unserer Ziele gemeinsam mit der gesamten Kollegenschaft arbeiten. Wir bauen auf alle in diesem großen Ringen, erwarten von allen die Unterstützung und Einsichtung ihrer ganzen Kraft.

Revisonen der Monatsabrechnungen.

Nach § 41 unseres Status haben die Revisoren der Zahlstellen eine außerordentlich wichtige Aufgabe im Interesse der Organisation zu erfüllen. Sie haben nicht nur die Pflicht, alle Monatsabrechnungen genau zu revidieren, sondern auch das Recht, unangemeldet Revisionen der Zahlstellenkasse vorzunehmen. Es darf von Seiten der Revisoren (mindestens müssen es 2 sein) nichts unterschrieben werden, was nicht nachgeprüft und für richtig befunden wurde. Der Kassenbestand der Kassakasse muß klar vorgelegt werden. Praktisch ist dabei immer, daß das Geld auf Sparlastkontos oder Guillokontos belegt wird. Der nach der Abrechnung vorhandene

Zum Jahreswechsel
allen Funktionären, Mitarbeitern
und Verbandsmitgliedern
herzlichste Glückwünsche!

Der Verbandsvorstand
Die Redaktion

die Grundursache in der Preissteigerung liege in den „hohen Löhnen“. Eine Preisentlastung sei erst durch einen vorausgehenden Lohnabbau möglich. Daß diese Meinung unrichtig ist, wissen die Verbreiter selbst. Die Vorgänge bei der Preissteigerung zeigten, daß in langen Abständen erst der Arbeiter mit Lohnforderungen folgte.

Auf sozialpolitischem Gebiete sind keine Fortschritte aufzuweisen. Die von der organisierten Arbeiterschaft einsegenden Bestrebungen zur Schaffung eines allgemeinen Arbeiterrights begegnen dem schärfsten Gegenstoß aus dem Unternehmerlager. Ein Entwurf zur Schaffung eines Gesetzes über die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben konnte nicht erledigt werden. Vom Unternehmertum wird versucht, hierbei möglichst alle in den Revolutionsverordnungen enthaltenen Verbesserungen radikal zu beseitigen. Im Brennpunkt steht der Achtstundentag. Natürlich wollen dabei auch die Gebacker Bäcker- und Konditormeister ihr Süppchen kochen und den Achtstundentag, das Nacht- und Sonntagsbackverbot neben andern „Unschönheiten“ aus der Verordnung vom 28. November 1918 abschaffen. Die Reform des Lehrlingswesens ist noch nicht in Angriff genommen. Will vielleicht die Regierung es mit den sozialen Zünftlern nicht verderben und den Handwerkstümmer und Innungen für alle Zeiten das Privileg zur Regelung des Lehrlingswesens belassen? In engem Zusammenhang damit steht die gründliche Reformierung aller gesetzlichen Bestimmungen der sogenannten Handwerkermodelle. Sie sind im direkten Widerspruch mit den Bestimmungen im Betriebsverfahrengesetz und geben keine Handhabung zu einer tatsächlichen Vertretung der Gehilfenchaft in den Innungsbetrieben. Darum fort mit diesem überlebten Blunder aus der Kunstzeit. Unserm Bestreben, die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrights für alle Arbeiter in allen Betrieben muß in der Folgezeit größte Beachtung geschenkt werden. Desgleichen ist anzustreben die Vereinigung der Innungsträgerkassen und An gliederung der Sicherungspflichtigen an die allgemeinen Ortskassenkassen.

Wie sehr sich die Handwerkerkreise um die Beibehaltung ihrer Zunftvereinigungen bemühen, beweisen die Verhandlungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat über die Schaf-

Markenbestand muß durchgezählt werden. Über die bei den Unterlassierern befindlichen Marken sind namentliche Unterschriften der Empfänger vorzulegen. Die Marken müssen auch wießlich im Beispielsatz der Unterlassierer sich befinden. Gelegentlich sind einzelne Kontrollen darüber von Nutzen. Am Jahresanfang wurde eine Generalkontrolle vorgenommen werden.

Es ist unzulängig, daß nur ein Revisor die Abrechnung unterschreibt. Bislang der Vorsitzenden der Zahlstelle ist es schließlich, die Abrechnung mit zu prüfen und zu unterschreiben. Beide haben mit dem Kassierer der Zahlstelle dafür zu sorgen, daß Geld und Abrechnung spätestens bis zum 15. des Monats in den Händen des Hauptkassierers ist. § 41 Absatz 1 des Statuts hat, wie bisher, noch immer seine Gültigkeit.

In den nächsten Tagen müssen die Revisoren die Kartofelkarten und Mitgliederlisten einer eingehenden Revision auf die Beitragsschulden unterziehen. Es muß mit dem Kassierer und den Einzahlern darauf hingewiesen werden, daß von allen in Arbeit stehenden Mitgliedern etwaige Beitragsfehler beglichen werden. Dieses ordnungsmäßige Mitglied wird aus eisem Antrieb daran schenken, daß mit Jahresbeginn auch sein Verbandsbuch in Ordnung ist. Immer gibt es aber noch so viele Gleichgültige, die diese einfache Pflicht nicht einsehen wollen, und da auch von allen Verbandsfunktionären nachgeholt werden. Man vergesse auch nicht, in allen Zahlstellen zu Beginn des neuen Jahres eine allgemeine Budgetkontrolle vorzunehmen. O. F.

3. Nachtrag zu den Forderungen des Reichstages für die Bäck-, Back- und Feigwaren-Industrie.

Die berollmächtigte Kommission des Zentralausschusses trat in der Sitzung vom 9. Dezember 1921 folgende Ver einbarung:

Die zurzeit geltenden Grundlöhne werden wie folgt erhöht:

- a) In Bayern und Württemberg in Orten mit Ortszuschlägen bis zu 5% einschließlich um ein Viertel, in Orten mit Ortszuschlägen von mehr als 5 bis 10% einschließlich um die Hälfte, in Orten mit Ortszuschlägen über 10% um die volle Zulage der in der Tabelle angeführten Stundenlohnzuschläge.
- b) Im übrigen Reich in Orten mit Ortszuschlägen bis 7½% einschließlich um die Hälfte, in Orten mit Ortszuschlägen von mehr als 7½% um die volle Zulage der in der Tabelle angeführten Stundenlohnzuschläge.

für Facharbeiter	über 25 Jahre	85,-
	von 20 bis 23 Jahren	80,-
Gehörbeiter	unter 20	80,-
	über 23 Jahre	85,-
jugendliche Arbeiter	von 20 bis 23 Jahren	85,-
	18 - 20	85,-
Arbeiterinnen	15 - 18	85,-
	unter 16	60,-
	über 20 Jahre	55,-
	von 18 bis 20 Jahren	55,-
	16 - 18	55,-
	unter 16	45,-

Zu der Lohnzulage ist noch der Ortszuschlag hinzuzurechnen.

Die neuen Grundlöhne treten vom 5. Dezember an in Kraft.

Zur Verschmelzungfrage.

In den Debatten zur Verschmelzungsfrage im Reichstag habe ich mich abgesetzt nicht beteiligt, um den Schülern aus der Berufswelt den zur Fortbildung bestehenden Raum nicht zu nehmen. Heute aber der Kollegen und langjähriger beruflicher Freund Peter Nielsen, der fragt, unter anderem auch mich in Nummer 30 des Konditoren-Jahrschriften dazu heranzuholen, will ich mich jetzt an dieser Stelle dazu äußern.

Um es herauszufinden: Ob der Bäcker zur Aufzähler der Idee für Schaffung eines Lebensmittelarbeiterverbandes befürworter eines allgemeinen deutschen Arbeitsmarktbundes ist. Diesen Standpunkt habe ich schon vor mehr als 2 Jahren in der öffentlichen Bekanntmachung in einer Resolution niedergeschlagen. Die damalige Mandatsträgerin und selbst die Kollegen Diermeier und Götze stimmen sicherlich mit den Begriffen in der gleichen Organi-

sation befinden, so wüßte ich fürwahr nichts, was mich beeindrucken könnte. Haben wir es ja auch überstanden, daß die in Harmonie- und gelben Vereinen zusammen geschlossenen "standeskennischen" Bäcker- und Konditorvereinigung mit der Augsburger Seite der "Schokoladenmädel" zu unserm Verband jahrelang durch den Sirup zu ziehen versuchten.

Noch einiges zu dem Artikel des Kollegen Nielsen: Er spricht von der Idee, durch einen Streit der Lebensmittelindustrie "die Gesellschaft zum Nachgeben zu bringen". Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke irgendwo ausgesprochen worden ist; ein Berliner Gedanke ist es wohl nicht. Das wäre ein Liebäugeln mit der Generalstreikidee, für die ich mir bei ganz gewaltigen Maßnahmen zu haben bin. Für mich liegen die Vorteile des Zusammenschlusses ganz woanders.

Sodann: Unser Verband soll durch die Verschmelzung verschlagen werden? Nun, es wäre dies doch nur ein Aufschieben im gemeinsamen Verband und im Lebensmittelarbeiterverband sogar ein Aufgehen als recht bedeutender Faktor, der nicht unterschätzt werden kann. Oder ist man der Meinung, daß das jetzt bestehende auch unbedingt noch in Jahrzehnten oder Jahrhundern genauso in derselben Form weiterbestehen muß? Alles unterliegt der Veränderung, und wer den Weg zu höheren Formen erkennt, der muß sich unter dem Motto: "Das Bessere ist des Guten Feind" von Viekgewordenem loszulösen vermögen.

Und zum Schluss: Sobald eine Sache in Verdacht gerät, aus selbstsüchtigen Motiven inszeniert zu sein, so ist das für sie ohne weiteres schädlich. Wenn also Kollege Nielsen auf den "alten Berliner Gedanken, die Leitung des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen", hinweist, so wird manchem ein "Aha!" entlocken. Da frage ich nun Freund Nielsen: Wer hat Dr. von diesen "alten Berliner Gedanken" erzählt? Ich bin begierig, das zu wissen; denn ich habe dazu folgendes zu erklären: Wir Berliner haben die seit 1907 fast auf allen Verbandstagen wiederkehrenden Anträge auf Silberverlegung nach Berlin mit niedergebrummt, sofern es nicht gar durch unsre Gewerkschaften Zutritt in Privatgegenden möglich zu einem Übergang zur Tagesordnung kam. Wie ist ein solcher Antrag von Berlin gestellt worden. Wohl aber ist aus andern Orten mancher Antrag dadurch unterblieben, daß wir erklärt haben, uns gegen einen solchen zu wenden, wenn er gestellt würde. So in 1907 und 1910 stürmisch gedrängt wurde, den Hauptklassiererposten zu übernehmen, jedoch stets ablehnte, weil ich mit der Mitgliedschaft Berlin aufs innigste verbunden bin, soll nur nebenher erwähnt werden.

Mag Barth, Berlin.

Aus der Schokoladenfabrik von Brüder Spoor in Barleben.

In diesem Betriebe herrschen Zustände, wie sie vor dem Kriege nicht schlimmer gedacht werden können. Die Gewerkschaften mußte erst kürzlich einschreiten, damit die gefährliche Arbeitszeit im Betriebe eingeführt wird.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden täglich länger als 10 Stunden beschäftigt und den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht entsprochen.

Der Betriebsrat steht vollständig unter dem Einfluß des Herrn Spoor. Kürzlich sind 3 Arbeiter entlassen worden, der Betriebsrat mußte (Oho!) natürlich mit der Entlassung einverstanden sein, die Mitglieder haben nichts zu bestimmen. Der Schlichtungsausschuß in Neuhausen beschäftigte sich eingehend mit den Zuständen im Betriebe. Der Schiedsspruch respektive die Begründung desselben bedeutete für Herrn Spoor eine moralische Niederlage.

Der Schiedsspruch für den einen Arbeiter, der Schwerkrankenbeihilfe erhielt, lautet auf Weiterbeschäftigung, weil der Schlichtungsausschuß keinen erheblichen zur Entlassung befähigenden Grund finden konnte. Für die beiden andern Arbeiter mußte die Beschwerde leider abgewiesen werden, weil der Obermann des Arbeiterrats die Entlassung abgab, daß er in der pünktlichen Beendigung der Arbeit eine Arbeitsevertretung erklärte. Der Schlichtungsausschuß bekannte, in dieser Sache seinen Schiedsspruch fällen zu können, hielt aber die Entlassung nicht für gerechtfertigt.

Zum Jahreswechsel.

Von Else Seite, Döbeln.

Das alte Jahr will schlafen gehen 31

Kalte Hand entzücken

Die gegen verläßt in reicher Fazit und freudig mit uns Zeit und Frieden mit uns Zeit und Frieden,

Freude ist ohne traurige Stunden!

Doch kein Glück und Frieden die anstrengte Zeit muss auf sich beladen die Balance zum Gehen.

Die Freude steht wieder einsam,

die Freude ist Reaktionssatz vom

Das in dieser Welt muss eine größere,

wirkt durch zeitlos am Tag an Tag

Der Friede und Frieden ist zum Frieden

Die Freude steht, wenn es uns erlaubt

Die Freude steht, wenn Friede uns erlaubt,

die Freude ist ohne Friede keine

die Freude ist ohne Friede keine</

Weil sich einige Arbeiter erbreissen, durch Kritik in Versammlungen Ordnung im Betriebe herzustellen, werden sie entlassen. Herr Spoer will durchaus der Herrscher nicht im Betriebe, sondern auch in Parole sein.

Die Schnellseile nach der Organisationszugehörigkeit ist groß; die Arbeiterschaft holt sich untereinander aus, und jede Meinung über den Betrieb oder jede andere Meinung wird dem Inhaber wieder zugebracht.

Die Firma schuldet der Arbeiterschaft noch weit über 5000 M. Tariflohn. Durch Beschluss des Zentralkomitees der Tiersgemeinschaft ist für Parole ein Krisenzuschlag von 5 % festgesetzt. Die Firma weigert sich, zu zahlen. Einer beantragten Revision des Beschlusses wurde nicht stattgegeben, sondern einstimmig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Beischluß aufrecht erhalten.

Naum die Hälfte der Arbeiterschaft hat den Mut aufgebracht, der Organisation Vollmacht zu erteilen, die restlichen Lohnsummen einzulagern. Und warum? Die Arbeiterschaft fürchtet, das Arbeitsverhältnis zu verlieren. — Heutzutage kam morgens um 7% Uhr auf dem Fabrikhof eine junge Arbeiterin. Herr Spoer rief: Du kommst einmal mit ins Konto, was willst Du schon hier? Die Arbeitszeit beginnt doch erst um 7% Uhr. Ihr habt mich ja angezeigt, es darf nicht mehr länger gearbeitet werden. bist Du denn Mitglied im Verband? Wer hat Dich denn aufgenommen? Die Arbeiterin erzählte dann unter Weinen, daß sie von einem Vertrauensmann des Verbandes aufgenommen ist. Der Arbeitgeber sprach dann wohlwollend auf die Arbeiterin ein: Was tuft Du im Verband? Ich bezahle doch alles, die Beiträge kannst Du sparen. Gegenüber der Organisationsleitung erklärt dann Spoer, daß die Arbeiterinnen in den Verband gepreist werden.

Das Sprichwort: "Wie der Herr, so das Geschehe", kommt hier im wahrsten Sinne zur Geltung. Der Betriebsratssvorstand, ein Angestellter der Firma, unternimmt nichts, um die gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft zu wahren. Dieser Herr erklärte der Verbandsleitung, daß er doch Lebensstellung habe. Es braucht doch nicht gehekt zu werden; im Betriebe wäre doch alles geordnet. —

Wir lassen uns allerdings, wie Herr Spoer vielleicht glauben wird, nicht in sein Joch spannen. Rücksichtlos müssen die Verstärke gegen die Gesetzgebung und gegen die fälschlichen Vereinbarungen kritisiert werden.

Der Arbeiterschaft müssen wir aber doch sagen, daß mehr Solidarität auszuüben ist, wenn sie nicht zu Verzärteln an ihren Klassengenossen und Genossinnen werden will. Die wenigen, die heute noch aus Angst und Furcht vor ihrem Herrn der Organisation fernbleiben, müssen sich ebenfalls dem Verband anschließen. Nur dann wird es gelingen, Herrn Spoer eine andere Umgangsform mit den Arbeitern und Arbeitern zu beibringen. Nur dann wird es möglich sein, einen aufrichtigen Kollegen als Vorsitzenden im Betriebsrat zu wählen, der auch Mut in sich hat, für die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft seinen Mann zu stellen. Kollegen und Kolleginnen, schließt die Reise! Haliet treu zu unserer Sache, und bald wird es uns gelingen, auch in diesem Betriebe Ordnung zu schaffen!

Auscheiden!

Aufbewahren!

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten neuen Gebühren, die am 1. Januar 1922 im Post-, Postkredit- und Telegraphenverkehr in neuhalb Deutschlands in Kraft traten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 1,25 M., über 20 g bis

250 g 2 M.

Briefe im Fernverkehr bis 20 g 2 M., über 20 bis 100 g

3 M., über 100 bis 250 g 4 M.

Drucksachenkarten 40 Pf.

Drucksachen bis 50 g 50 Pf., über 50 bis 100 g 1 M., über

100 bis 250 g 2 M., über 250 bis 500 g 3 M., über 500 g bis

1 kg 4 M.

Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 40 Pf.

(Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkortengebühr.)

Geschäftspapiere bis 250 g 2 M., über 250 bis 500 g 3 M.,

über 500 g bis 1 kg 4 M.

Pakete bis 5 kg Nahzone 6 M., Fernzone 9 M., über 5 bis

10 kg Nahzone 12 M., Fernzone 18 M., über 10 bis 15 kg

Nahzone 20 M., Fernzone 30 M., über 15 bis 20 kg Nahzone

30 M., Fernzone 40 M.

(Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 kg in der Nahzone kosten 8 M.)

Werbeständen. Die Gebühr für eine gleichartige einschreibe Sendung und die Versicherungsgebühr, welche

trägt a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wert

abgabe 1,50 M., b) bei Wertpäckchen für je 1000 M. der

Wertangabe 2 M., mindestens bei einer Sendung 3 M.

Postanweisungen bis 100 M. 2 M., über 100 bis 250 M.

4 M., über 250 bis 500 M. 4 M., über 500 bis 1000 M. 5 M.,

über 1000 bis 1500 M. 6 M., über 1500 bis 2000 M. 7 M.

Die Einschreibegebühr ist auf 2 M. festgesetzt.

Für die Gütesetzung sind bei Vorabrechnung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M.

für ein Paket 6 M., nach dem Landbestellbezirk für eine Briefsendung 9 M., für ein Paket 12 M.

Zahlkarten bis 100 M. einschließlich 75 M., über 100 bis

500 M. einschließlich 50 M., über 500 bis 1000 M. einschließlich 3 M., über 1000 bis 2000 M. einschließlich 4 M., über 2000

bis 5000 M. einschließlich 5 M., über 5000 M. 6 M.

Aufzahlungen mit Scheck eine feste Gebühr von 75 M.

und eine Steigerungsgebühr von einer fünfzig Mark vom

Kaufpreis des im Scheck angegebenen Betrages. Für Massen-

sendungen, die bargeldlos beglichen werden, wird die feste Gebühr

von 75 M. nicht erhoben.

Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1 M., min-

destens 10 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wert

sendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach

dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie

nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Württemberg, Österreich und Westpolen; jedoch sind Päckchen nur nach Westpolen zugelassen.

Nach Nürnberg gelten die Inlandsgebühren für Briefsendungen nicht mehr; jedoch bleiben für Nürnberg niedrigere als die Weltpostverein Gebühren für Briefe bis 20 g und für Postkarten bestehen. Gleiche Erhöhungen für Briefe bis 20 g und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschechoslowakei eingeführt.

Konditoren

Zum Fahrrbeitsnachweis der Konditoren in Berlin.

Von dem allein richtigen Standpunkt ausgehend, daß die Vermittlung der Arbeit und Verteilung der Stellen nicht in den Händen von Parasiten der Gesellschaft liegen darf, die von den Arbeitslosen noch Bezahlung verlangen und somit zur Kulturschande unserer vielgepreisten Gesellschaftsordnung beitragen, haben wir schon lange die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen gefordert. Wir wären mit der Bekämpfung dieser Parasiten schon fertig, wenn die Gejagten nicht dem „privaten Stellenvermittler“ nicht noch eine Frist gesetzt hätten und dadurch nochmals auf Jahre den Seelenverlust weiter konzessioniert hätten.

Zu der Vorkriegszeit hatten die gut organisierten Arbeitnehmergruppen, da die Unternehmer auch paritätische Arbeitsnachweise ablehnten, durch Kampf sich eigene Nachweise gegründet und sie zu halten geruht. Diese Nachweise standen aber in sehr vielen Fällen Arbeitsnachweise gegenüber, die von Arbeitgebern unterhalten wurden. Größere Stadtgemeinden gingen deshalb schon in der Vorkriegszeit dazu über, städtische Arbeitsnachweise zu gründen; allerdings nur einige mit wirklich positivem Erfolg. Das gesamte Unternehmertum lehnte sich noch dagegen auf und die Unterführung dieser gemeinsamen Einrichtung versagte. Erst der Krieg schuf auf diesem Gebiete einen Wandel, und zwar dann, als man Vorbereitungen treffen mußte, um die nach Beendigung des Krieges zu friedlicher Arbeit zurückkommenden dem Wirtschaftsleben möglichst schnell wieder zuzuführen. Das Demobilmachungsgebot machte Arbeitnehmer und Arbeitsnachweise zu gesetzlichen Einrichtungen. Nun wurden in den allermeisten Fällen die noch bestehenden Facharbeitsnachweise zu paritätischen Facharbeitsnachweisen zusammengelegt.

Die Konditoren in Berlin hatten bis 1919 nur private Stellenvermittlung; erst durch unsern Tarifvertrag wurde der paritätische Facharbeitsnachweis gegründet. Ihm schlossen sich die Fabrikbranche mit an; leider sind zurzeit die Arbeitgeber dieser Gruppe ihm noch nicht corporativ angelassen, sondern haben sich nur auf Vereinbarung mit den einzelnen Betriebsräten dazu verpflichtet, den Nachweis zu benutzen. Bedenkt ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß der Nachweis auch nach dieser Seite paritätisch ausgebaut wird.

Es kann ruhig zugegeben werden, daß es eine Zeit gab, wo in diesem Neubild noch nicht alles so funktionierte, wie es auch von uns gewünscht wurde. Es muß sich alles erst einarbeiten. Aber hinsichtlich des Facharbeitsnachweises sind die allermeisten Klagen ganz unberechtigt gemacht worden. Zum Beispiel klagt man oft, daß vermittelte Personen den Anforderungen nicht genügen, die an sie gestellt werden. Hier liegt in den meisten Fällen die Schuld nicht am Arbeitgeber, sondern an der mangelschaffenden Ausbildung der Lehrlinge während des Krieges.

Um eine falsche Meinung zu zerstreuen, muß mit Nachdruck hier darauf hingewiesen werden, daß es eine Unwahrheit ist, wenn gesagt wird, wir hätten uns darauf festgelegt, wahllos und planlos immer die ältesten Arbeitslosen in Arbeit zu senden, ob geeignet oder nicht. Dem ist nicht so; wenn es so wäre, dann hätten allerdings alle Teile ein Recht, den Facharbeitsnachweis als ungeeignete Einrichtung zu verteilen.

Von den Arbeitssuchenden kommen für einen bestimmten Posten nur die in Frage, die auch die Gewähr leisten, für ihn qualifiziert zu sein. Nur so und nicht anders wird vermittelt, und es kann auch nicht anders gehandhabt werden, wenn der Facharbeitsnachweis ein solcher sein soll.

Die Facharbeitsnachweise haben ja gerade das Gute für sich, daß sie durch ihre Kuratoren die Eigenart des Gewerbes berücksichtigen können und sie schließen das gewerbeschädigende Verumwirken von Laien und Dilettanten aus. Von dem Facharbeitsvermittler wird verlangt, erstens genaue eigene praktische Erfahrung und, was mir ebenso wichtig erscheint, er darf sich nicht als Beamter fühlen; er soll ein Funktionär des Gesamtberufes sein.

An alle ergibt hiermit die Aufforderung, der Arbeitsnachweistrage die denkbare größte Bedeutung beizumessen und davon überzeugt zu sein, daß es sich nicht um eine Frage der augenblicklich Arbeitslosen handelt, sondern daß diese Frage die Interessen jedes einzelnen auf das lebhafteste berührt. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß überall da, wo durch tarifliche Vereinbarung der Facharbeitsnachweis benutzt werden muß, von den Arbeitern der einzelnen Betriebe, die in Arbeit stehen, genau darauf geachtet wird, daß bei Neuinstellungen auch so verfahren wird. Dann wird und muss diese Einrichtung zum Besten aller sein. Haase, Berlin.

Als den Sektionen.

Nur Stettin. Das zur Neige gegangene Jahr hat auch für die Konditorenbewegung schwere Stunden gebracht; jetzt heißt es weiter arbeiten und schaffen. Bald wird unser Reichstagswahl ein Jahr bestehen! Nur zu wenig kümmert sich der deutsche Konditor leider um sein eigenes Wohl und Wehe; aber wenn man zurückschaut, so muß man doch feststellen, daß sich ein großer Teil der Kollegen schon mit in die Reihen der Kämpfer gestellt hat. Mit allen Mitteln wird zwar von der Meisterschaft versucht, den zusammengeklammerten Kollegen das Leben schwer zu machen — man denkt zum Beispiel an Danzig und auch an Leipzig und alle andern Städte, wo die

Kollegen in Lohnbewegung standen, wie die Innungen alles daran lebten, die Kollegenschaften zu zerstreuen. Es muß also die schärfste Gegenseite geleistet werden. Auch in Stettin wurden Versuche gemacht, Unfreunde in die Reihen der Kollegen zu tragen. Jung Unternehmer, die einst in unseren Reihen gekämpft haben, bringen es fertig, zu ihren Angestellten zu sagen: „Ihr Spartäler, Ihr rote Konditoren.“ Und warum? Nur weil die Kollegen sich an die Gesetze hielten und sich den Achtfundamenttag nicht rauben lassen wollten. Aber die Stettiner werden sich nicht durch die Meister zu Gehlen machen lassen, und wenn sie aus Stettin scheiden, werden sie den Gedanken der Organisation fest und hoch halten. Die, die solche Aussprüche taten, wissen auch noch nicht, wie es kommt im Leben! Bleibt die Stettiner Kollegenschaft immer so einig wie heute, so wird noch vieles erfochten werden können. Den einzelnen, die noch unserer Sektion fernstehen, sei gesagt: Kommt zu uns, helft arbeiten! Viel ist noch zu leisten, um sorgenlos leben zu können. Hinein in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren! Bedeutet auch, daß in Stettin versucht wird, ein Volontärswohn in großem Umfang einzuführen, um ältere Gehilfen brotlos zu machen.

H. G.

Die Löhne der Konditoren in Köln wurden durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 1. Dezember an wie folgt festgesetzt: Für Gehilfen bis zu 19 Jahren 330 M., bis zu 21 Jahren 380 M., bis zu 24 Jahren 440 M., über 24 Jahre 520 M. und für verheiratete Gehilfen 600 M. Der Satz für Kost und Wohnung wurde auf 170 M., der für Wohnung allein auf 18 M. festgesetzt. Wo Verheiratete, Kost und Wohnung in Anspruch nehmen, haben diese 150 M. pro Woche dafür zu zahlen. Beide Parteien nahmen den Schiedsspruch an.

Der Schlichtungsausschuss in Würzburg hat die Löhne für Konditorgehilfen in den Innungsbetrieben für Unterfranken um je 70 und 75 M. erhöht. Die Löhne betragen vom 12. Dezember an: Im ersten Jahre nach der Lehre 200 M., unter 20 Jahren 220 M., von 20 bis 25 Jahren 250 M., über 25 Jahre bei Kost und Logis im Hause des Meisters 260 M., bei außer Kost und Logis 300 M., in leitender Stellung 350 M.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Die Einsendung der Statistikarte für das vierte Quartal darf von keiner Zahlstelle versäumt werden.

Die Fragebögen über die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder sind bis spätestens 15. Januar zu rückzuschicken.

Bericht über die festgestellten und zur Anzeige gebrachten Übertragungen der Verordnung vom 23. November 1918 müssen von allen Verbandsorten joggleich nach Ablauf jedes Monats eingefandt werden.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Leipzig wird das Mitglied M. Siebert (Kontonummer) wegen verbandswidrigen Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen.

Lokalbeiträge. Auf Antrag der Zahlstelle Bühl wird genehmigt, vom 1. Januar an auf die Beiträge von 2,50 M. 20 Pf. und auf die Beiträge von 3 M. und darüber 50 Pf. Lokalzuschlag zu erheben.

Achtung, Ortsverwaltungen! Die Hefts 1, 2, 3 und 4 des Jahrganges 1921 der „Technik“, die jetzt noch bei den Zahlstellen liegen, sind sofort dem Verbandsvorstand zurückzusenden. Sie werden hier gebraucht, um möglichst viel ganze Jahrgänge einzubinden zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Chemnitz. Kurt Porstmann, Bäcker, 31 Jahre alt, gestorben am 19. Dezember.

Hamburg. Else Kraft, 19 Jahre alt, gestorben.

Lübeck. Wilhelm Düring, Bäcker, 54 Jahre alt, gestorben am 26. Dezember.

München. Johann Mödl, Bäcker, 45 Jahre alt, gestorben am 17. Dezember.

Ehre Ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Karlsruhe. Einen langwierigen, jedoch erfolgreichen Kampf haben unsere Kollegen hinter sich. Die Situation hatte sich dermaßen zugespielt, daß es bereit war, Weihnachten noch zu einer Arbeitsniederlegung zu benennen wäre, wenn die Innung keine weitergehenden Zugeständnisse gemacht hätte. Die gesamte Wohnverhütung beträgt durchschnittlich 120 M., wovon 80 M. mit einschließlich der Kraft, und zwar vom 28. November an gezahlt werden; der andere Teil wird mit dem Tage des Brataufzähldays bezahlt, welcher bis

Markenbestand nach durchgezählt werden. Über die bei den Unterlassierern befindlichen Marken sind namentliche Unterschriften der Empänner vorzulegen. Die Marken müssen auch möglichst im Besitz der Unterlassierer sich befinden. Gelegentlich sind einzelne Kontrollen darüber von Nutzen. Am Jahresende muss eine Generalsrevision vorgenommen werden.

Es ist unzulängig, dass nur ein Revisor die Abrechnung unterzeichnet. Wissän der Vorsitzenden der Zahlstelle ist es ebenfalls, die Abrechnung mit zu prüfen und zu unterzeichnen. Beide haben mit dem Kassierer der Zahlstelle dafür zu sorgen, dass Geld und Abrechnung spätestens bis zum 15. jedes Monats in den Händen des Hauptkassierers ist. § 41 Absatz 1 des Statuts hat, wie bisher, noch immer seine Gültigkeit.

In den nächsten Tagen müssen die Revisoren die Kontobücher und Mitgliederlisten einer eingehenden Revision auf die Beitragszahnhände unterziehen. Es muss mit dem Kassierer und den Einlassierern darauf hingewiesen werden, dass von allen in Arbeit stehenden Mitgliedern etwaige Vertragsverträge beglichen werden. Jedes ordnungsliebende Mitglied wird aus eigenem Antrieb daran erinnert, dass mit Jahresende auch sein Verbandsbuch in Ordnung ist. Niemals gibt es aber noch so viele Gleisgültige, die diese einfache Pflicht nicht einsehen wollen, und da muss von allen Verbandsfunktionären nachgeholt werden. Man vergegne auch nicht in allen Zahlstellen zu Beginn des neuen Jahres eine allgemeine Bücherkontrolle vorzunehmen. O. F.

3. Nachtrag zu den Söhnen des Reichsarbeits für die Bäck-, Brot- und Feigwaren-Industrie.

Die bevollmächtigte Kommission des Zentralausschusses trat in der Sitzung vom 9. Dezember 1921 folgende Vereinbarung:

Die zurzeit geltenden Grundlöhne werden wie folgt erhöht:

- a) In Bayern und Württemberg in Orten mit Ortszuschlägen bis zu 5% einschließlich um ein Prozent, in Orten mit Ortszuschlägen von mehr als 5 bis 10% einschließlich um die Hälfte, in Orten mit Ortszuschlägen über 10%, um die volle Zulage der in der Tabelle angeführten Stundenlohnzuschläge.
 - b) In übrigen Reichen in Orten mit Ortszuschlägen bis 7½% einschließlich um die Hälfte, in Orten mit Ortszuschlägen von mehr als 7½% um die volle Zulage der in der Tabelle angeführten Stundenlohnzuschläge.
- | | über 25 Jahre | 20 bis 23 Jahre | unter 20 | über 23 Jahre | 20 bis 23 Jahren | unter 20 | 18 bis 20 | 16 bis 18 | jugendliche Arbeiter | unter 16 | über 20 Jahre | 18 bis 20 Jahren | 16 bis 18 | unter 16 |
|----------------|---------------|-----------------|----------|---------------|------------------|----------|-----------|-----------|----------------------|----------|---------------|------------------|-----------|----------|
| - Facharbeiter | 85,- | 80,- | 80,- | 85,- | 85,- | 85,- | 85,- | 85,- | - | 60,- | 55,- | 55,- | 55,- | 45,- |
- Zu der Sozialzulage ist noch der Ortszuschlag hinzuzurechnen.
Die neuen Grundlöhne treten vom 5. Dezember an in Kraft.

Zur Verschärfungsfrage.

An den Debitanten zur Verschärfungsfrage im Frühjahr habe ich mich höchstens nicht beteiligt, um den Stellen aus der Berufshaft den zur Verfügung stehenden Raum nicht zu schmälen. Redfern erfasst der Gedanke und konzentrierte verständliche Sprache Peter Nitsch, Gereffogen, unter anderen auch mich in Nummer 50 des Haftblattes von Berliner Bäcker bezugspauschalen, und ich muss jetzt an Peter Nitsch danken.

Um es herauszutun: Was wir nicht zur Ausübung der Rechte für Deutschland eines Lebensmittelarbeiterverbundes Verantworter eines allgemeinen deutschen Arbeitsmarktbündels. Diesen Befehlshabt habe ich schon vor mehr als 2 Jahren in der ersten Erwähnung in einer Resolution niedergeschlagen. Die eingesetzte Ausschusssitzung bestätigte die Kollegen Dittmar und Lohse stimmen wie:

Zum Jahreswechsel.

Dem Elje Betze, Berlin.

Das alte Jahr soll schöner sein und
Kriege sind entstanden.
Sie sagen Verlierer in jedem Land
und freuen sich über Fried und Freude,
freude, oft auch trübe Stunden!
Das heißt Glück und Unglück die einzelne Seele kann nicht
nicht bringt die Weltansicht zum Frieden,
der Fried Friede bringt.
Die Ideen der Zukunftsfreuden sind
Sich in dieser Welt auch noch offen.
Wiederholen wir: Es ist Tag an Tag,
dass Fried uns Nächte für uns Fried!
Das sollte Fried! Das ist es uns gewünscht!
Der Friede soll wenn Fried nur sehr erfolgt,
da leben wir weiter und wir Fried,
und wenn wir uns die Zukunftsfreuden sind!
Und wiedergefundene Freuden hat erblich erhalten,
dass Fried uns Fried ist Fried!
Wir allein in dem ja die gesetzlosen Freuden!
Wir, wenn Friede erfüllter Friede
Friede bringt Friede bringt.
Das aus dem dem entzogen Fried
meines Verstandes bringen!
Friede beginnt in der letzten Zeit
und Friede wird:
die Friede geöffnet bei Wissenschaft und
der Wissenschaft ist Fried —

dagegen, sondern wandten sich mir gegen das angeblich zu stürmische Tempo. Die gesamten offiziellen Vertreter unseres Verbandes machten also die „*K u m m p r ü n g e*“ mit, die sich übrigens seit fast 25 Jahren in unserem Verbande mit ständig steigender Wucht wiederholen und über dies schon im Jahre 1907 den ersten positiven Erfolg erzielten, indem sich der Konditorenverband dem Bäckerverband anschloss.

Es ist meine innere Überzeugung, dass wir nur durch Erhaltung eines allgemeinen deutlichen Arbeiterschaftsverbandes eine unüberwindliche Macht werden, um gemeinsam rational arbeiten und dem Kaiserkönig von Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden aus dem Wege gehen können. Was stellt sich vor, von welcher Art eigentümliche Wirkung der Umstand sein muss, dass alle freigewerkschaftlich Organisierten Mitglied ein und desselben Verbandes sein, dasselbe Mitgliedsbuch führen und den gleichen Statuten unterliegen würden. Während heute in Großstädten oft 15 bis 20 Gewerkschaftsfunktionäre im selben Hause kassieren, würde odedann nur ein einziger benötigt sein. Bei derselben Zahl von Kaufleuten, die zum Beispiel heute in Berlin in sämtlichen Verbänden tätig sind, würde im Einheitsverband auf jeden derselben nur ein Hauptschlüssel, während heute mancher ganze Straßenzüge bearbeiten muss. Man darf getrost sagen, dass es keinen Organisationsapparat auf der Welt geben würde — auch keinen behördlichen —, der dem etwas Gleichtartiges an die Seite zu stellen hätte. Die Kassenführung wäre eine einheitliche und vermöchte im Reichsrausende von Kräften für die Agitation freizumachen; in größeren Orten würde die Unterstützungsauszahlung und andere mehr in Büros erledigt werden können, die über alle Stadtgebiete verteilt liegen, sich für die Organisation nicht teurer, sondern billiger stellen würden als die Büros der vielen Einzelverbände, aber für die Mitglieder Zeit und Arbeitsschwerpunkt bedeuten. Noch nicht liege ich über die Seite der Sache sagen, doch soll es mit dem Verständen mein Verdienst haben. Die einzelnen Verbände müssten in Reichsbetrieben gegliedert sein, die ihre Berufsschichten im Einheitsverband genau so regeln wie heute in unserem Verbande die Bäcker, die Konditoren, die Süßwarenindustrie usw. die ihnen. Alle Grenzstreitigkeiten — heißt eine leider nur allzu untern sprudelnde Quelle häufige Verluste — wären beseitigt. Ein Hindernis zu ordnen Verbänden — heute enorm viel Kraft und Material verschwendend — gäbe es nicht mehr.

Der Streitfähigkeit wäre natürlich die Zustimmung des Einheitsverbandes nötig; aber der schon auf der Lauer liegende Schwund, dass odedann die kleinen Gruppen meist keine Genehmigung erhalten, schreit mich nicht im mindesten mehr. Das hat uns die Erfahrung in unserem Verbande gelehrt? Das bei unvermeidlichen Streits kleiner und kleinster Gruppen (Kunststoffindustrie), deren Kosten im Verhältnis zum Verbandsvermögen und zu den laufenden Beträgen gering sein würden, gar keine Schwierigkeiten entfalten. Viel eher bei den großen und starken Berufsverbänden. Aber diese wiederum sehen sich von selbst durch Verluste solche das in einem um zweit großheren, einem Einheitsverband anders sein?

So darf erwähnen, dass ich 1907 der Verschmelzung mit dem Konditorenverband skeptisch gegenüberstand. Aber gerade die persönlichen Erfahrungen, die ich inzwischen gesammelt, namentlich seit der Resolution, hat mich hier die gelegte Nebenzusage deutlich bestätigt und gefestigt. Was ich hier über den allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverband sage, trifft mehr oder minder auch für den Lebensmittelarbeiterverband zu. Er ist nicht das Ideal meiner Binsche, aber er ist eine Größe zu dem größten Ziel! Wie soll ein hundert Hundert Verbände zum allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverband kommen, wenn noch nicht einmal die Verbände der Fahrzeug- und Gemüsmittelindustrie zur Gründung eines Lebensmittelarbeiterverbandes unter einen Hut kommen können?

Ob das, was ich für Deutschland befürworte, auch für Österreich und die Schweiz gut ist, wage ich nicht zu entscheiden. Andere Länder, andere Verhältnisse! Zu beständig halte ich die Schaffung eines Lebensmittelarbeiterverbands und — darüber hinaus — eines allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes für ein erreichbares Ziel, und wenn ich mich bedenke, lieber Peter, eines Tages mit den Bäckern zu einem in der gleichen Organi-

sation befinden, so würde ich fürwahr nichts, was mich fühler lassen könnte. Haben wir es ja auch überstanden, dass die in Harmonie- und gelben Vereinen zusammengefloßenen „ständesbewussten“ Bäcker- und Konditorgehilfen uns mit der Begrüßung der „Schokoladenmädel“ zu unserm Verbande jahrelang durch den Sirup zu ziehen versuchten.

Noch einiges zu dem Artikel des Kollegen Nilsen. Er spricht von der Idee, durch einen Streik der Lebensmittelindustrie „die Gesellschaft zum Nachgeben zu bringen“. Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke irgendwo ausgesprochen worden ist; ein Berliner Gedanke ist es wohl nicht. Das wäre ein Liebäugeln mit der Generalstreikidee, für die ich nur bei ganz gewaltigen Anlässen zu haben bin. Für mich liegen die Vorteile des Zusammenschlusses ganz woanders.

Sodann: Unser Verband soll durch die Verschmelzung verschlossen werden? Nun, es wäre dies doch mit „Aufgeben im gemeinsamen Verband und im Lebensmittelarbeiterverband sogar ein Aufgeben als recht bedeutender Faktor, der nicht unterschätzt werden kann. Der ist nun der Meinung, dass das jetzt bestehende auch unbedingt noch in Jahrzehnten oder Jahrhunderten genau in derselben Form weiterbestehen muss? Alles unterliegt der Veränderung, und wer den Weg zu höheren Formen erkennt, der muss sich unter dem Motto: „Das Bessere ist das Gute Feind“ von Liebgewordenem loszulösen vermögen.

Und zum Schluss: Sobald eine Sache in Verdacht gerät, aus selbststühligen Motiven inszeniert zu sein, so ist das für sie ohne weiteres schädlich. Wenn also Kollege Nilsen auf den alten Berliner Gedanken, die Leitung des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen“, hinweist, so wird manch ein „Aha!“ entkräften. Da frage ich nun Freunden Nilsen: Wer hat *D* von diesen alten Berliner Gedanken erzählt? Ich bin begierig, das zu wissen; denn ich habe dazu folgendes zu erläutern: Wie Berliner haben die seit 1907 seit auf allen Verbandstagen wiederkehrend Anträge auf Sitzverlegung nach Berlin mit niedergestimmt, sofern es nicht gar durch unser persönliches Gutachten in Privatzsprachen folglich zu einem Übergang zur Tagesordnung kam. Nie ist ein solches Antrag von Berlin gestellt worden. Wohl aber ist aus andern Orten mancher Antrag dadurch unterblieben, dass wir erklärten, uns gegen einen solchen zu wenden, wenn er gestellt würde. Soz im 1907 und 1910 stürmisch gedrängt wurde, den Hauptkassiererposten zu übernehmen, jedoch stets ablehnte, weil ich mit der Mitgliedschaft Berlin alles innigste verwachsen bin, soll nur nebenbei erwähnt werden. Mag Barth, Berlin.

Aus der Schokoladenfabrik von Brüder Spoor in Berlin.

In diesem Betrieb herrschen Zustände, wie sie vor dem Kriege nicht schlimmer gedacht werden könnten. Die Gewerbeimpfung musste erst fürzlich eingeschritten, damit die gesetzliche Arbeitszeit im Betriebe eingeführt wird.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeitnehmer wurden täglich länger als 10 Stunden beschäftigt und den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht entsprochen.

Der Betriebsrat steht vollständig unter dem Einfluss des Herrn Spoor. Kurzlich sind 3 Arbeiter entlassen worden, der Arbeiterrat musste (Oholl) natürlich mit der Entlassung einverstanden sein, die Mitglieder haben nichts zu bestimmen. Der Schlichtungsausschuss in Neuhaldensleben beschäftigte sich eingehend mit den Zuständen im Betriebe. Der Schiedsspruch respektive die Begründung desselben bedeutete für Herrn Spoor eine moralische Badspfeife.

Der Schiedsspruch für den einen Arbeiter, der Schwerkrankheitshilfester ist, lautet auf Weiterbeschäftigung, weil der Schlichtungsausschuss keinen ersichtlichen zur Entlassung berechtigenden Grund finden konnte. Für die beiden anderen Arbeiter musste die Beschwerde leider abgewiesen werden, weil der Obmann des Arbeiterrats die Erhöhung abgab, dass er in der pünktlichen Beendigung der Arbeit eine Arbeitsvertreibung erachtet. Der Schlichtungsausschuss bedauerte, in dieser Sache keinen Schiedsspruch fällen zu können, hielt aber die Entlassung nicht für gerechtfertigt.

Tropfen ist's und gelungen,
Mit Käse und Bäckerei wurden
Dorfleibküche geschafft.

mit denen wir wieder manche Vorteile erzielen,
Unterschriften vom Gegner mit verhaltenem Zorn,
die unsre Seite im Bewegtheim unserer Kraft
Genuß, zweites gilt es zu erhöhen trocken
unserliche Bündze blieben uns zwot.

noch sind wir nicht völlig frei von der
Gesetzlosigkeit noch.

Doch lernt wie kann für das kommende Jahr,
noch haben wir die wahre Freiheit nicht.

wenn auch das Elternamt bei uns nicht mehr haust,
Der Verband erlangt unser täglich Brodt,

die nicht mehr beschäftigen die Arme in harter Faust
und der Herr nicht mehr gehetzt über das
eigene Leben und Tod!

Die wahre Freiheit, der wir heiße

Schiffbrüder sagen,

die Freiheit, die jeder in sich selber trägt,

die wollen und müssen wir erringen,

mit dem und nichts mehr zu flehen schaft!

Sie, die sie nie gehabt haben,

seit denen die noch nicht weg!

Und Sie noch immer sind, lebet leben!

Zeigt Ihnen den rechten Weg, den Sie müssen gehen!
Doppelt gilt es jetzt auf dem Boden zu sein,
nicht mit dem Gegner von außen zu jagen,
Arzte erlauben und in den eigenen Fleisch,

Berzsplitterung herbeizuführen sucht!
Berzsplitterung aber Berstörung des großen
gewaltigen Werkes nur heißt!

Drum, Kollegen, hütet die reisende Frucht,
damit nicht sie, die sich im Sturm und heftigen Wetter hält,
dem listigen Wurme zum Opfer fällt!

Schwestern, Brüder, heut zur Jahreswende

legt das Gelübde uns erneuern,

reichen wir uns zum Schutz die Hände:

Zum Schutz und Trost! Kreu dem Vergnue stets zu sein!

Und in des Jahres letzten Stunden

lebt unsrer Führer und Kollegen uns gebeten,

die uns der Schnitter Tod entrissen,

die mit uns kämpften, mit uns stritten,

die öftmals schwiegend trugen bitte Wunden,

die für unsere Ideale sie erlitten!

Die uns die Wege bahnten, in denen wir jetzt wandeln,
loht sie unser Vorbild sein!

So wie sie wollen wir gemeinsam handeln.

Und ihr Andenken wollen wir ehren,

indem wir ihnen nach,

nach Vollendung streben!

Und brächte deshalb das neue Jahr

der Kampfe auch gar viel —

— nur zu:

Kampf heißt unser Leben

und Sieg unser Ziel!

Glückauf 1922!

Weil sich einige Arbeiter erdreissen, durch Kritik in Versammlungen Ordnung im Betriebe herzustellen, werden sie entlassen. Herr Spoer will durchaus der Herrscher nicht nur im Betriebe, sondern auch in Vorleben sein.

Die Schnellselei nach der Organisationszugehörigkeit ist groß; die Arbeiterschaft holt sich untereinander aus, und jede Neuerung über den Betrieb oder jede andere Meinung wird dem Inhaber wieder zugebracht.

Die Firma schuldet der Arbeiterschaft noch weit über 50000 M. Tariflohn. Durch Vertrag des Zentralausschusses der Tarifgemeinschaft ist für Vorleben ein Entschluss von 5% festgesetzt. Die Firma weigert sich, zu zahlen. Einige beantragten Revision des Beschlusses wurde nicht stattgegeben, sondern einstimmig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Beischluß aufrecht erhalten.

Noch die Hälfte der Arbeiterschaft hat den Mut aufgebracht, der Organisation Vollmacht zu erteilen, die restlichen Lohnsummen einzuflagen. Und warum? Die Arbeiterschaft fürchtet, das Arbeitsschärfen zu verlieren. — Kürzlich kam morgens um 7½ Uhr auf dem Fabrikhof eine junge Arbeitserin. Herr Spoer rief: Du kommst einmal mit ins Kontor, was willst Du schon hier? Die Arbeitszeit beginnt doch erst um 7½ Uhr. Ihr habt mich ja angezeigt, es darf nicht mehr länger gearbeitet werden. Wist Du denn Mitglied im Verband? Wer hat Dich denn aufgenommen? Die Arbeitserin erzählte dann unter Weinen, daß sie von einem Vertrauensmann des Verbandes aufgenommen ist. Der Arbeitgeber sprach dann wohlwollend auf die Arbeitserin ein: Was tuft Du im Verband? Ich bezahle doch alles, die Beiträge kannst Du sparen. Gegenüber der Organisationsleitung erklärt dann Spoer, daß die Arbeitnerin in den Verband geprägt werden.

Das Sprichwort: "Wie der Herr, so das Geschere", somit hier im wahrsten Sinne zur Geltung. Der Betrieb steht vor sichende, ein Angestellter der Firma, unternimmt nichts, um die gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft zu wahren. Dieser Herr erklärte der Verbundleitung, daß er doch Leben und Stellung habe. Es braucht doch nicht gehegt zu werden; im Betriebe wäre doch alles geordnet.

Wir lassen uns allerdings, wie Herr Spoer vielleicht glauben wird, nicht in sein Joch spannen. Rücksichtlos müssen die Verbände gegen die Gesetzgebung und gegen die tarifischen Vereinbarungen kritisiert werden.

Der Arbeiterschaft müssen wir aber doch sagen, daß mehr Solidarität auszuüben ist, wenn sie nicht zu Vertretern an ihren Klassengenossen und Genossinnen werden will. Die wenigen, die heute noch aus Angst und Furcht vor "ihrem" Herrn der Organisation fernbleiben, müssen sich ebenfalls dem Verband anschließen. Nur dann wird es gelingen, Herrn Spoer eine andere Umgangsform mit den Arbeitern und Arbeitnerinnen beizubringen. Nur dann wird es möglich sein, einen aufrichtigen Kollegen als Vorsitzenden im Betrieb zu wählen, der auch Macht in sich hat, für die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft seinen Mann zu stellen. Kollegen und Kolleginnen, schließt die Reihen! Halte treu zu unserer Sache, und bald wird es uns gelingen, auch in diesem Betriebe Ordnung zu schaffen!

Auscheiden!

Aufbewahren!

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten neuen Gebühren, die am 1. Januar 1922 im Post-, Postsched- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands in Kraft traten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M. Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 1,25 M., über 20 g bis 250 g 2 M.

Briefe im Fernverkehr bis 20 g 2 M., über 20 bis 100 g 3 M., über 100 bis 250 g 4 M.

Drucksachenarten 40 Pf.

Drucksachen bis 50 g 50 Pf., über 50 bis 100 g 1 M., über 100 bis 250 g 2 M., über 250 bis 500 g 3 M., über 500 g bis 1 kg 4 M.

Kaufsichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 40 Pf.

(Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkortengebühr.)

Wesichtspapiere bis 250 g 2 M., über 250 bis 500 g 3 M., über 500 g bis 1 kg 4 M.

Pakete bis 5 kg Nahzone 6 M., Fernzone 9 M., über 5 bis 10 kg Nahzone 12 M., Fernzone 18 M., über 10 bis 15 kg Nahzone 20 M., Fernzone 30 M., über 15 bis 20 kg Nahzone 20 M., Fernzone 40 M.

Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 kg in der Nahzone kosten 3 M.)

Werktwendungen. Die Gebühr für eine gleichartige einschreibebare Sendung und die Versicherungsgebühr, welche beträgt a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wertangabe 1,50 M., b) bei Wertpaketen für je 1000 M. der Wertangabe 2 M., mindestens bei einer Sendung 3 M.

Postanweisungen bis 100 M. 2 M., über 100 bis 250 M. 3 M., über 250 bis 500 M. 4 M., über 500 bis 1000 M. 5 M., über 1000 bis 1500 M. 6 M., über 1500 bis 2000 M. 7 M.

Die Einschreibgebühr ist auf 2 M. festgesetzt.

Für die Gütekennzeichnung sind bei Voraufladezahlung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M., für ein Paket 6 M., nach dem Landbestellbezirk für eine Briefsendung 9 M., für ein Paket 12 M.

Postkarten bis 100 M. einschließlich 75 Pf., über 100 bis 500 M. einschließlich 150 M., über 500 bis 1000 M. einschließlich 3 M., über 1000 bis 2000 M. einschließlich 4 M., über 2000 bis 5000 M. einschließlich 5 M., über 5000 M. 6 M.

Zugzahlungen mit Scheit eine feste Gebühr von 75 Pf. und eine Steigerungsgebühr von einer fünftel Mark vom Tausend des im Scheit angegebenen Betrages. Für Nassenscheite, die bargeldlos beglichen werden, wird die feste Gebühr von 75 Pf. nicht erhoben.

Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1 M., mindestens 10 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie

nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Augsburg, Österreich und Westpolen; jedoch sind Päckchen nur nach Westpolen zugelassen.

Nach Ungarn gelten die Inlandsgebühren für Briefsendungen nicht mehr; jedoch bleiben für Ungarn niedrigere als die Weltpostgebühren für Briefe bis 20 g und für Postkarten bestehen. Gleiche Ermäßigungen für Briefe bis 20 g und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschechoslowakei eingeführt.

Konditoren

Vom Facharbeitsnachweis der Konditoren in Berlin.

Von dem allein richtigen Standpunkt ausgehend, daß die Vermittlung der Arbeit und Verteilung der Stellen nicht in den Händen von Parasiten der Gesellschaft liegen darf, die von den Arbeitslosen noch Bezahlung verlangen und somit zur Kulturschande unserer vielgepreisen Gesellschaftsordnung beitragen, haben wir schon lange die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen gefordert. Wir waren mit der Bekämpfung dieser Parasiten schon fertig, wenn die Gesetzsmacher dem „privaten Stellenvermittler“ nicht noch eine Gafigenfrist gesetzt hätten und dadurch nochmals auf Jahre den Seelenverlust weiter konzentriert hätten.

In der Vorkriegszeit hatten die gut organisierten Arbeitnehmergruppen, da die Unternehmer auch paritätische Arbeitsnachweise ablehnten, durch Kampf sich eigene Nachweise gegründet und sie zu halten gewußt. Diese Nachweise standen aber in sehr vielen Fällen Arbeitsnachweise gegenüber, die von Arbeitgebern unterhalten wurden. Größere Stadtgemeinden gingen deshalb schon in der Vorkriegszeit dazu über, städtische Arbeitsnachweise zu gründen; allerdings nur einige mit wirklich positivem Erfolg. Soz. gesamte Unternehmertum lehnte sich noch dagegen auf und die Unterstützung dieser gemeinnützigen Einrichtung versagte. Erst der Krieg schuf auf diesem Gebiete einen Wandel, und zwar dann, als man Vorbereitungen treffen mußte, um die nach Beendigung des Krieges zu friedlicher Arbeit zurückkehrenden dem Wirtschaftsleben möglichst schnell wieder zuzuführen. Das Demobilmachungsgesetz machte Arbeitgeber und Arbeitsnachweise zu gesetzlichen Einrichtungen. Nun wurden in den allermeisten Fällen die noch bestehenden Kampfnachweise zu paritätischen Facharbeitsnachweisen zusammengelegt.

Die Konditoren in Berlin hatten bis 1919 nur private Stellenvermittlung; erst durch unser Tarifvertrag wurde der paritätische Facharbeitsnachweis gegründet. Ihm schlossen sich die Fabrikbranche mit an; leider sind zurzeit die Arbeitgeber dieser Gruppe ihm noch nicht corporativ angeschlossen, sondern haben sich nur auf Vereinbarung mit den einzelnen Betriebsräten dazu verpflichtet, den Nachweis zu benutzen. Jedermann ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß der Nachweis auch nach dieser Seite paritätisch ausgebaut wird.

Es kann ruhig zugegeben werden, daß es eine Zeit gab, wo in diesem Neugebilde noch nicht alles so funktionierte, wie es auch von uns gewünscht wurde. Es muß sich alles erst einarbeiten. Aber hinsichtlich des Facharbeitsnachweises sind die allermeisten Klagen ganz unberechtigt gemacht worden. Zum Beispiel fragt man oft, daß vermittelte Personen den Anforderungen nicht genügen, die an sie gestellt werden. Hier liegt in den meisten Fällen die Schuld nicht am Arbeitgeber, sondern an der mangelschaffenden Ausbildung der Lehrlinge während des Krieges.

Um eine falsche Meinung zu zerstreuen, muß mit Nachdruck hier darauf hingewiesen werden, daß es eine Unwahrheit ist, wenn gesagt wird, wir hätten uns darauf festgelegt,wahllos und planlos immer die ältesten Arbeitslosen in Arbeit zu senden, ob geeignet oder nicht. Dem ist nicht so; wenn es so wäre, dann hätten allerdings alle Teile ein Recht, den Facharbeitsnachweis als ungeeignete Einrichtung zu verurteilen.

Bon den Arbeitnehmenden kommen für einen bestimmten Posten nur die in Frage, die auch die Gewähr leisten, für ihn qualifiziert zu sein. Nur so und nicht anders wird vermittelt, und es kann auch nicht anders gehandhabt werden, wenn der Facharbeitsnachweis ein solcher sein soll.

Die Facharbeitsnachweise haben ja gerade das Gute für sich, daß sie durch ihre Kuratoren die Eigenart des Gewerbes berücksichtigen können und sie schließen das gewerbeschädigende Herumwirrspiel von Laien und Dilettanten aus. Von dem Facharbeitsvermittler wird verlangt, erstmals genaue eigene praktische Erfahrung und, was mir ebenso wichtig erscheint, er darf sich nicht als Beamter fühlen; er soll ein Funktionär des Gesamtberufs sein.

An alle ergeht hiermit die Aufforderung, der Arbeitsnachweisefrage die denkbare größte Bedeutung beizumessen und davon überzeugt zu sein, daß es sich nicht nur um eine Frage der augenblicklich Arbeitslosen handelt, sondern daß diese Frage die Interessen jedes einzelnen auf das lebhafteste berührt. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß überall da, wo durch tarifliche Vereinbarung der Facharbeitsnachweis benutzt werden muß, von den Arbeitern der einzelnen Betriebe, die in Arbeit stehen, genau darauf geachtet wird, daß bei Neuinstellungen auch so verfahren wird. Dann wird und muß diese Einrichtung zum Besten aller sein. Haase, Berlin.

Ans den Sektionen.

Aus Stettin. Das zur Neige gegangene Jahr hat auch für die Konditorenbewegung schwere Stürme gebracht; jetzt heißt es weiter arbeiten und schöpfen. Bald wird unsere Reichsaktion ein Jahr bestehen! Nur zu wenig lämmert sich der deutsche Konditor leider um sein eigenes Wohl und Wehr; aber wenn man grütschaut, so muß man doch feststellen, daß sich ein großer Teil der Kollegen schon mit in die Reihen der Kämpfer gestellt hat. Mit allen Mitteln wird zwar von der Meisterschaft versucht, den zusammengeführten Kollegen das Leben schwer zu machen — man denke zum Beispiel an Danzig und auch an Leipzig und alle andern Städte, wo die

Kollegen in Lohnbewegung standen, wie die Innungen alles daran fehlten, die Kollegenschaften zu zer sprengen. Es muß also die schärfste Gegenwehr getestet werden. Auch in Stettin wurden Versuche gemacht, Unfrieden in die Reihen der Kollegen zu tragen. Junge Unternehmer, die einst in unseren Reihen gekämpft haben, bringen es fertig, zu ihren Angestellten zu sagen: „Ihr Spartakisten, Ihr roten Konditorgeschäfen.“ Und warum? Nur weil die Kollegen sich an die Gesetze hielten und sich den Arbeitskundtag nicht rauben lassen wollten. Über die Stettiner werden sich nicht durch die Meister zu belämmern machen lassen, und wenn sie aus Stettin scheiden, werden sie den Gedanken der Organisation fest und hoch halten. Die, die solche Aussprüche taten, wissen auch noch nicht, wie es kommt im Leben! Bleibt die Stettiner Kollegenschaft immer so einig wie heute, so wird noch vieles erfochten werden können. Den einzelnen, die noch unserer Sektion fernstehen, sei gesagt: Kommt zu uns, helft arbeiten! Wie ist noch zu leisten, um sorgenlos leben zu können. Hinein in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren! Bedenkt auch, daß in Stettin versucht wird, ein Volontärwesen in großem Umfang einzuführen, um ältere Gehilfen broslos zu machen.

H. G.

Die Löhne der Konditoren in Köln wurden durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 1. Dezember an wie folgt festgesetzt: für Gehilfen bis zu 19 Jahren 330 M., bis zu 21 Jahren 380 M., bis zu 24 Jahren 440 M., über 24 Jahre 520 M. und für verheiratete Gehilfen 600 M. Der Satz für Kost und Wohnung wurde auf 170 M., der für Wohnung allein auf 18 M. festgesetzt. Wo Verheiratete Kost und Wohnung in Anspruch nehmen, haben diese 150 M. pro Woche dafür zu zahlen. Beide Parteien nahmen den Schiedsspruch an.

Der Schlichtungsausschuß in Würzburg hat die Löhne für Konditorgeschäfe in den Innungsbetrieben für Unterfranken um je 70 und 75 M. erhöht. Die Löhne betragen vom 12. Dezember an: Im ersten Jahre nach der Lehre 200 M., unter 20 Jahren 220 M., von 20 bis 25 Jahren 250 M., über 25 Jahre bei Kost und Logis im Hause des Meisters 260 M., bei außer Kost und Logis 300 M., in leitender Stellung 350 M.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Die Einsendung der Statistikarte für das vierte Quartal darf von seiner Zahlstelle verhindert werden.

Die Fragebögen über die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder sind bis spätestens 15. Januar juriös zu schicken.

Bericht über die festgestellten und zur Anzeige gebrachten Übertretungen der Verordnung vom 23. November 1918 müssen von allen Verbandsorten sogleich nach Ablauf jedes Monats eingesandt werden.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Leipzig wird das Mitglied M. Siebert (Kartennummer) wegen verbandswidrigen Treibens aus der Organisation ausgeschlossen.

Lokalbeiträge. Auf Antrag der Zahlstelle Süderort wird genehmigt, vom 1. Januar an auf die Beiträge von 2,50 M. 20 Pf. und auf die Beiträge von 3 M. und darüber 50 Pf. Lokalischlag zu erheben.

Achtung, Ortsverwaltungen! Die Hefte 1, 2, 3 und 4 des Jahrganges 1921 der „Technik“, die jetzt noch bei den Zahlstellen liegen, sind sofort dem Verbandsvorstand zurückzusenden. Sie werden hier gebraucht, um möglichst viel ganze Jahrgänge einzubinden zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Chemnitz. Kurt Porstmann, Bäcker, 31 Jahre alt, gestorben am 19. Dezember.

Hamburg. Else Kraft, 19 Jahre alt, gestorben.

Lübeck. Wilhelm Düring, Bäcker, 54 Jahre alt, gestorben am 26. Dezember.

München. Johann Mödl, Bäcker, 45 Jahre alt, gestorben am 17. Dezember.

Ehre Ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Karlsruhe. Einen langwierigen, jedoch erfolgreichen Lohnkampf haben unsere Kollegen hinter sich. Die Situation hatte sich dermaßen zugespielt, daß es bereits vor Weihnachten noch zu einer Arbeitsniederlegung gekommen wäre, wenn die Firma keine weitergehenden Zugeständnisse gemacht hätte. Die gesamte Lohnverhandlung beträgt durchschnittlich 120 M., wovon 80 M. mit einkommender Kraft, und zwar vom 28. November an gezahlt werden; der andere Teil wird mit dem Tage des Brotaufschlags bezahlt, welcher bis zum Erscheinen dieser Zeilen bereits vom 28. November 1921 an 320 M. für Gehilfen bis zu 2 Jahren nach der Lehre, 340 M. für Lehrlinge und 350 M. für verabreichte Kost und Wohnung werden hier vor 140 M. in Abzug gebracht. Mit dem Tage des Aufschlages betragen die Löhne 370, 400 bezüglich Kost und Logis 120 M. und werden vom gleichen Tage an 150 M. für Kost und Logis verrechnet. Im Lebensbedarfsteuerbetrag die Löhne vom 1. Dezember 1921 an 150 M. für Bäcker, 161,50 M. für Funktionäre. Eine am 20. Dezember stattgefundene Gehilfenversammlung hat den Abmachungen zugestimmt. Der Verlauf und Erfolg der Vergangenung wird unsrer Karlsruher Freunden ein weiterer Aufsatz sein.

